SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Südafrika: Der ANC hat keine Lösung für die soziale Misere

Soest, Christian von

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute for Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Soest, C. v. (2012). *Südafrika: Der ANC hat keine Lösung für die soziale Misere.* (GIGA Focus Afrika, 12). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338249

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:
https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

Nummer 12
2012
ISSN 1862-3603

AFRIKA

Südafrika: Der ANC hat keine Lösung für die soziale Misere

Christian von Soest

Auf dem 53. ANC-Parteitag Ende Dezember 2012 gelang es dem Präsidenten Südafrikas, Jacob Zuma, die zerstrittene Organisation vorerst zu befrieden und den wirtschaftsfreundlichen Cyril Ramaphosa als stellvertretenden Parteivorsitzenden zu installieren.

Analyse

Der regierende African National Congress (ANC) ist gefangen im Selbstverständnis der Befreiungsbewegung und vor allem mit sich selbst beschäftigt. Dies verhindert mutige Schritte zur Lösung der drängenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme Südafrikas.

- Die Dominanz des ANC an den Wahlurnen steht außer Frage, die Opposition wird jedoch stärker: Bei den kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2014 zeichnen sich deutliche Verluste des ANC ab, der noch 2009 knapp zwei Drittel aller Wählerstimmen bekam.
- Die Machtposition des ANC und die zunehmende Vermischung von Staat und Partei erschweren eine Lösung der fundamentalen gesellschaftlichen Probleme. Das stark zentralistische politische System und ein reines Verhältniswahlrecht tragen zur Stagnation bei.
- Trotz bemerkenswerter Erfolge bei der Grundversorgung der Bevölkerung und einer wachsenden schwarzen Mittelschicht bleibt die soziale Frage – die weitverbreitete Armut, die wachsende Ungleichheit und die Arbeitslosigkeit vor allem unter Jugendlichen – ungelöst. Die soziale Frage birgt den größten Sprengstoff und bedroht die Zukunft Südafrikas.

Schlagwörter: Südafrika, African National Congress (ANC), soziale Lage, politischer Protest

open access

Südafrika: ein Land in Aufruhr

Der gewaltsame Tod eines Taxifahrers in Johannesburg, den südafrikanische Polizisten am 1. März 2013 mit einem Einsatzfahrzeug zu Tode schleiften, und das „Massaker von Marikana", bei dem die südafrikanische Polizei im August 2012 34 protestierende Minenarbeiter erschoss, stehen symptomatisch für die sich zuspitzenden sozialen Spannungen in Südafrika und die Hilflosigkeit des Staates (Satgar 2012). Erinnert sei zudem an die ausländerfeindlichen Übergriffe im Jahr 2008, bei denen mindestens 62 Ausländer getötet wurden. Südafrika ist heute das Land mit der weltweit höchsten Anzahl sozialer Proteste, wobei der geläufige Begriff der *Service Delivery Protests* die politische Dimension der oftmals gewalttätigen „Rebellion der Armen" (Alexander 2010) in den ehemaligen Townships verschleiert. In der Gewalt zeigt sich die Frustration unter den Armen, die auch im neuen Südafrika kaum Perspektiven für eine bessere Zukunft sehen.

Der ANC war die entscheidende Kraft, die das Ende des rassistischen Apartheidsystems erzwang. An seiner Spitze stand der Friedensnobelpreisträger und 1994 erstmals demokratisch gewählte Präsident Nelson Mandela, weltweit bewundertes Symbol für den Ausgleich zwischen verschiedenen Volksgruppen. Es waren auch seine Gesten der Versöhnung nach seiner Freilassung aus über 27-jähriger Gefangenschaft, die eine tief gespaltene Gesellschaft vor einem Bürgerkrieg bewahrten. Unter seiner Führung und der seiner Nachfolger hat die ANC-Regierung – mit Trevor Manuel als national und international angesehenem Finanzminister – auf finanz- und wirtschaftspolitischem Gebiet große Erfolge erzielt. Dazu gehört die Sanierung der zum Ende der Apartheid in schweres Fahrwasser geratenen Staatsfinanzen und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der südafrikanischen Wirtschaft.

Doch bleibt das Versprechen des ANC aus dem Jahr 1994, „ein besseres Leben für alle" zu schaffen, unerfüllt. Die explosive soziale Frage als Vermächtnis der Apartheid bleibt ungelöst. Der seit 1994 mit absoluter Mehrheit regierende ANC droht an dieser Aufgabe zu scheitern.

Der ANC: mehr Befreiungsbewegung als Partei

Der 1912 als South African Native National Congress (SANNC) gegründete ANC blickt auf eine große und stolze Geschichte als älteste existierende Befreiungsbewegung der Welt zurück. Doch gerade dieses Selbstverständnis ist eine zentrale Ursache für die sich zuspitzenden Probleme in Südafrika. Der ANC hat in der Regierung mit ähnlichen Herausforderungen zu kämpfen wie andere ehemalige Befreiungsbewegungen:

1. Machtanspruch: Ein langer und brutaler Befreiungskampf wie in Südafrika hinterlässt tiefe Spuren bei früheren Kämpfern, Inhaftierten und ins Exil Vertriebenen. Er schafft bei vielen von ihnen das Selbstverständnis, den Willen des befreiten Volkes zu repräsentieren und den Staat zu verkörpern und damit einen Anspruch auf die Regierungsmacht zu haben. Zwar propagiert der ANC das Ziel der „Nationalen Demokratischen Revolution", hat seine Zwei-Drittel-Mehrheiten im Parlament aber nicht dazu genutzt, die Verfassung in seinem Sinne zu ändern.
2. Legitimität: Die erfolgreiche Befreiung schafft umgekehrt eine hohe Legitimität in der Bevölkerung. Grundsätzlich gilt: Je intensiver die Auseinandersetzung mit den alten Machthabern gewesen ist, desto größer ist der Vertrauensvorschuss für die Befreiungsbewegung in der Regierung (Clapham 2012). Die Regierung sitzt so fest im Sattel, dass die Wähler Fehlleistungen nicht sofort an den Wahlurnen bestrafen.
3. Machtmissbrauch: Beides, das eigene Selbstverständnis und die hohe Legitimität in der Bevölkerung, schaffen Anreize, Regierungsmacht zu missbrauchen. Zahlreiche ehemalige Befreiungsorganisationen unterdrücken abweichende Meinungen und werden Teil eines „abgeschotteten Machtblocks" zwischen neuer politischer Elite und alter Wirtschaftselite, der die Bedürfnisse des Großteils der Bevölkerung außen vor lässt (Clapham 2012; Melber 2003).
4. Interne Hierarchie: Überlebenswichtige Werte des Befreiungskampfes wie Disziplin, Unterordnung und Verschwiegenheit sind mit demokratischen Ämtern nur schwer zu vereinbaren. Dies gilt zumindest in Teilen auch für den ANC: „Aus der Zeit des Exils und des bewaffneten Kampfes ist der Partei nämlich – trotz aller demokratischen Ansprüche an die Basis – eine Art geheimer Kommandostruktur geblieben. Wichtige Entscheidungen werden im inneren Zirkel gefällt" (Dickow 2010: 29).

Im ANC dominiert auch fast 20 Jahre nach der Regierungsübernahme das Denken des Befreiungskampfes. Seit dem „magischen Moment" (Clapham 2012) der Machtübergabe hat sich der ANC

insgesamt nicht zu einer Partei entwickelt, die sich an ihren erzielten Ergebnissen messen lässt.

Verflechtung von Staat und Partei

Die Grenzen zwischen Staat und Partei verschwimmen zunehmend, die Bewegung hat sich zu einem umfangreichen Patronagenetzwerk entwickelt. Im Korruptionsranking von Transparency International ist Südafrika innerhalb von zehn Jahren von Platz 36 (2002) auf Platz 69 (2012) abgerutscht. Eine Selbstbedienungsmentalität greift um sich. Posten in Provinzen und Gemeinden werden mit ANC-Anhängern besetzt; das vom Präsidenten kontrollierte „Deployment Committee" der Partei übt bei der Besetzung von Machtpositionen in Bürokratie, Armee, Polizei, diplomatischem Dienst und staatlichen Unternehmen entscheidenden Einfluss aus (Breytenbach 2006: 175, 178). Präsident Zuma steht in der Kritik, weil für Anbauten auf seinem privaten Hof in Nkandla in seiner Heimatprovinz KwaZulu-Natal öffentliche Gelder in Höhe von 206 Mio. ZAR (ca. 17,5 Mio. EUR) eingesetzt wurden, vorgeblich zur „Verbesserung der Sicherheit". Fast ein Drittel der Mitglieder des Nationalen Exekutivkomitees des ANC arbeitet gleichzeitig als Geschäftsführer von Unternehmen, die vom staatlichen *Black Economic Empowerment*-Programm profitieren (Marais 2011).

Machtkonzentration

Südafrikas gesamtes parlamentarisches System mit schwach ausgeprägtem Föderalismus – die neun Provinzen haben kaum unabhängige politische Gestaltungsmöglichkeiten – wird von der ehemaligen Befreiungsbewegung ANC dominiert; lediglich die Provinz Western Cape wird von Helen Zille von der Oppositionspartei Democratic Alliance (DA) regiert. In diesem „prädominanten Parteiensystem" ist die Machtfülle der Regierungspartei und des Präsidenten kaum eingeschränkt. Bis auf kurze Übergangsperioden sind seit dem Ende der Apartheid die Vorsitzenden des ANC stets auch die Präsidenten des Landes gewesen, was ihnen eine äußerst machtvolle Position verschafft hat. Schon Zumas Vorgänger Mbeki konzentrierte die politische Macht dementsprechend im Präsidialamt. Dessen *Policy Co-ordination and Advisory Services* wuchsen zu einer mächtigen Bürokratie heran, die parallel zu den traditionellen Ministerien wirkt (Seekings 2009: 137). Unter Zuma hat sich die Macht von den *Union Buildings*, dem Regierungssitz in Pretoria, in das *Luthuli House*, die ANC-Parteizentrale in der Wirtschaftsmetropole Johannesburg, verlagert.

Ausdruck des Selbstverständnisses der nationalen Befreiungsbewegung ist es auch, dass ANC-Vertreter regelmäßig versuchen, Kritiker mundtot zu machen. Schon unter Mbeki wurde eine Verstärkung der Medienkontrolle und die Einflussnahme auf den staatlichen Fernsehsender SABC kritisiert (Gumede 2007: 236-240). Die Diskussion um den umstrittenen „Secrecy Bill" – mit dem die Verbreitung von Informationen aus der Staatsverwaltung, die als „geheim" klassifiziert wurden (ohne dass dies irgendwo spezifiziert ist), unter Strafe gestellt werden soll – zeigt, wie erbittert in Südafrika um das Verhältnis von Regierung und Medien gerungen wird.

Personalkämpfe statt inhaltlicher Debatten

Der 53. ANC-Parteikongress in Mangaung im Dezember 2012 zeigte, dass personelle Entscheidungen das Leben der Bewegung bestimmen; programmatische Debatten über den richtigen Kurs zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit blieben zweitrangig. Im Machtkampf mit dem Lager von Vizepräsident Motlanthe gelang es Zuma vor dem Parteitag, sechs der neun ANC-Landesverbände hinter sich zu bringen. Zuma vereinte schließlich 75 Prozent der Delegiertenstimmen auf sich, 2.983 von rund 3.900 Stimmberechtigten, während Motlanthe mit 991 Stimmen nur auf 25 Prozent kam. Es sind jedoch keine grundsätzlichen inhaltlichen Unterschiede zwischen beiden Kandidaten ersichtlich, es ging ausschließlich um die Personen, was auch am Namen der innerparteilichen Oppositionsbewegung *Anybody but Zuma* deutlich wird.

Zuma gelang es, die Partei mit einem geschickten Schachzug hinter sich zu bringen: Er nominierte Cyril Ramaphosa als stellvertretenden Parteivorsitzenden, der dann auf dem Parteitag trotz zweier prominenter Gegenkandidaten mit 3.018 Stimmen gewählt wurde. Der 60-Jährige ist eine der bekanntesten und beliebtesten Persönlichkeiten des ANC mit einer Vita, die in Extremform die Veränderung der Befreiungsbewegung widerspiegelt. Der damalige Gewerkschaftsfunktionär wurde im Jahr 1991 zum Generalsekretär des ANC gewählt und handelte maßgeblich die Bedingungen für die Been-

digung der Rassentrennung mit der Apartheidregierung aus. Anders als von Nelson Mandela gewünscht, wurde jedoch nicht er zu dessen Nachfolger bestimmt, sondern Thabo Mbeki, gegen den er im ANC-internen Rennen um den Parteivorsitz und damit die Präsidentschaft unterlag. Ramaphosa ging daraufhin in die Wirtschaft und wurde mit seiner Shanduka-Beteiligungsgesellschaft einer der reichsten Schwarzen Südafrikas (Butler 2008). Paradoxerweise ist Ramaphosa, der 1987 als Gewerkschafter den mit 300.000 protestierenden Bergleuten größten Minenstreik Südafrikas organisierte, heute maßgeblicher Anteilseigner an Lonmin, dem Betreiber der Marikana-Mine, vor deren Toren im August 2012 von der Polizei 34 Protestierende erschossen wurden. Dies hat seinem Ansehen im ANC jedoch nicht geschadet.

Der ANC mit seinen nominell 1,2 Millionen Mitgliedern hat in Mangaung keines seiner Probleme wirklich gelöst. Die innerparteiliche Demokratie wird beschränkt durch das seit dem Parteitag von Polokwane 2007 angewandte „Slate"-System, nach dem Bewerber um Parteipositionen sich in Kandidatenlisten sammeln müssen, die von einem Spitzenkandidaten angeführt werden. In Mangaung standen Zuma und Motlanthe jeweils an der Spitze der zwei Lager. Vor dem Parteitag erlebten Zumafreundliche Landesverbände auf einmal wundersame Mitgliederzuwächse.

Der Widerspruch zwischen den verschiedenen Strömungen in der „umfassenden Kirche" (*Broad Church*), als die sich der ANC versteht – zum Beispiel liberalen Wirtschaftsvertretern, verfassungstreuen *Constitutionalists*, linken *Nationalists* und Gewerkschaftern –, bleibt auch nach Mangaung bestehen.

Tabelle 1: Wahlergebnisse in Südafrika (in Prozent)

Partei	1994	1999	2004	2009	2011*
African National Congress (ANC)	62,7	66,4	69,7	65,9	62,0
(New) National Party (NNP)	20,4	6,9	1,7	-	-
Inkatha Freedom Party (IFP)	10,5	8,6	7,0	4,6	3,6
Democratic Party/ Alliance (DP/DA)	1,7	9,6	12,4	16,7	23,9
Pan Africanist Congress (PAC)	1,3	0,7	0,7	0,3	0,4
Freedom Front (Plus) (FF+)	2,2	0,8	0,9	0,8	-
Congress of the People (COPE)	-	-	-	7,4	2,1
Sonstige	1,3	7,1	7,7	4,4	8,0

* Landesweite Ergebnisse der Kommunalwahlen; Ergebnisse der Disctrict Council-Wahlen sind nicht inbegriffen.

Quelle: Electoral Commission of South Africa.

Langsamer Wandel in der Wählergunst

Trotz der zunehmenden Unzufriedenheit mit ihrer Regierungsleistung hat die Bewegung in jeder Wahl seit dem Ende der Apartheid 1994 mehr als 60 Prozent der abgegebenen Stimmen bekommen; es ging immer nur darum, ob der ANC zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinen kann oder nicht. Selbst nach den öffentlich ausgetragenen Parteiquerelen, der Ablösung des Präsidenten Mbeki und der daraus resultierenden Gründung der ANC-Abspaltung COPE (Congress of the People) fiel das Ergebnis in den vierten freien Wahlen im April 2009 mit 65,9 Prozent überraschend gut für den ANC aus (siehe Tabelle 1). Doch hatte die dominierende politische Kraft damit offensichtlich den Höhepunkt der Zustimmung erreicht; seither mehren sich die Anzeichen für eine „Erosion der Einparteiendominanz" (Butler 2009). Bei den Kommunalwahlen im Mai 2011 kam der ANC nur noch auf 62 Prozent der Stimmen und verlor in allen Provinzen außer der Heimatprovinz von Präsident Zuma Stimmenanteile. Im Gegensatz dazu legte die größte Oppositionspartei Democratic Alliance gegenüber der vorigen Parlamentswahl um über 7 Prozent auf 23,9 Prozent zu und gewann auch einige Gemeinderäte außerhalb ihres Stammlandes Western Cape.

Andere Parteien spielen hingegen im traditionell zerklüfteten Oppositionslager Südafrikas kaum noch eine Rolle. Die ANC-Abspaltung COPE, die bei den vergangenen Parlamentswahlen aus dem Stand knapp 7,5 Prozent der Stimmen gewann, befindet sich wegen interner Querelen auf dem absteigenden Ast. Der von der bekannten Intellektuellen Mamphela Ramphele im Februar 2013 gegründeten Partei Agang („Aufbauen" in Sesotho), die sich vor allem an die schwarze Mittelschicht wendet, werden ebenfalls nur geringe Chancen eingeräumt (Friedman 2013).

Der ANC profitiert noch heute von der starken emotionalen Bindung, die gerade schwarze und arme Wähler noch immer an die Befreiungsbewegung haben, während die DA – trotz der schwarzen Fraktionsvorsitzenden Lindiwe Mazibuko – noch immer

als von weißen Südafrikanern und Mittelklasseinteressen dominiert gilt. Vor allem die Legitimität aus dem Befreiungskampf wirkt nach, während die Bedeutung von ethnischen Faktoren und Klasseninteressen für Wahlentscheidungen in Südafrika umstritten ist (Ferree 2006; Sylvester 2009). Unzufriedene Stammwähler des ANC gehen in der Regel eher nicht zur Wahl, als dass sie sich einer anderen Partei zuwenden. Die Bindung an den ANC dürfte allerdings bröckeln: Schon heute sind 40 Prozent der Südafrikaner nach 1994 geboren und bei den Wahlen im Jahr 2019 wird ein Drittel aller Wahlberechtigten keine persönlichen Erinnerungen an die Rassentrennung der Apartheid haben (Herskovitz 2013). Diese *Born Frees* beurteilen die Leistung der Regierung unvoreingenommener als ihre Eltern. Das Wahlverhalten wandelt sich langsam und es gilt als ausgemacht, dass der ANC bei den kommenden Wahlen zum ersten Mal unter die Marke von 60 Prozent rutschen wird.

Wahlrecht und Dreier-Allianz

Nicht nur das Erbe des Befreiungskampfes, sondern auch die besonderen politischen Verhältnisse in Südafrika schaffen Bedingungen, die eindeutigen wirtschaftlichen und sozialen Reformen entgegenstehen:

- Das für das südliche Afrika ungewöhnliche Verhältniswahlsystem, in dem die Parlamentskandidaten aus nationalen und Provinzlisten ausgewählt werden, bildet die Wahlergebnisse zwar sehr genau ab (auch durch die fehlende Mindesthürde), stärkt in der Tendenz aber die Parteiführungen bei der Aufstellung der Listen. Angesichts der eindeutigen Mehrheiten dient dies vor allem der ANC-Führung. Das Wahlsystem vermindert zudem die Verantwortlichkeit der Abgeordneten gegenüber den Wählern vor Ort.
- Die Dreier-Allianz des ANC mit dem Gewerkschaftsbund COSATU und der Kommunistischen Partei, mit der ein Wahlbündnis besteht, vertieft die Vormachtstellung der Bewegung weiter. Als Teil der Regierungsallianz haben die Gewerkschaften den Kontakt zu den „kleinen“ Arbeitern sowie dem Heer der Arbeitslosen verloren. Die anerkannten Gewerkschaften haben die Interessen unqualifizierter Arbeiter jahrelang vernachlässigt; sie sprechen vornehmlich für besser ausgebildete Angestellte in Festanstellung und versuchen, deren Vorteile zu erhalten. Auch der Gewerkschaftsbund COSATU, der sich noch immer als Teil der Befreiungsbewegung sieht, wehrt sich energisch gegen viel diskutierte staatliche Beihilfen für jugendliche Geringverdiener. Sein Argument: Eine solche Förderung würde praktisch dem Aufbau eines Niedriglohnsektors gleichkommen, der wiederum die Arbeitsplätze der regulär Beschäftigten (und damit der Gewerkschaftsmitglieder) bedrohen würde. Durch diese Strategie entgleitet den Gewerkschaften zunehmend die Kontrolle über Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe. Die Proteste von Marikana, bei denen eben nicht die traditionsreiche und mächtige National Union of Mineworkers (NUM), sondern unabhängige Arbeiterkomitees die Interessen der Protestierenden vertraten, sind somit auch ein Warnsignal für COSATU und seine Mitgliedsgewerkschaften. In der Regierungsallianz mit dem ANC fällt es ihnen immer schwerer, die Interessen von Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen wirksam zu vertreten.

Die soziale Frage verschärft sich

Die Post-Apartheidregierung erbte eine zutiefst ungerechte Wirtschaftsordnung, in der Ungleichheit und Armut der schwarzen Bevölkerungsmehrheit über Jahrzehnte festgeschrieben waren. In den Verhandlungen mit den alten Apartheid-Machthabern akzeptierte die ANC-geführte Opposition eine “eingeschränkte” Form der Demokratie, welche die grundlegenden Besitzverhältnisse nicht antastete.

Nach der Regierungsübernahme 1994 gelang es der ANC-Regierung zwar, die Grundversorgung der Bevölkerung zu verbessern. Nach Regierungsangaben wurden zum Beispiel 2,6 Mio. Häuser gebaut, die über 10 Millionen Südafrikanern Unterkunft bieten, und über 75 Prozent der schwarzen Südafrikaner verfügen nun über elektrisches Licht, während es 1996 weniger als die Hälfte waren (National Planning Commission 2011). Auch die soziale Sicherung wurde massiv ausgeweitet, sodass heute von ungefähr 49 Millionen Südafrikanern 14 Millionen Unterstützungszahlungen des Staates beziehen (Devereux 2011). Ferner fördern staatliche Programme wie *Broad-Based Black Economic Empowerment* das Wachsen einer schwarzen Mittelklasse, die heute zahlenmäßig größer als die weiße Mittelklasse ist, und einer Oberklasse.

Doch besteht selbst in der aufgeheizten politischen Diskussion Südafrikas breite Einigkeit da-

rüber, dass die soziale Frage, also die Frage nach der wirklichen Besserstellung der armen Bevölkerungsmehrheit, bis heute ungelöst ist. Die „große Vereinbarung“ zwischen alten Machthabern und Befreiungsbewegungen[1] hat die ökonomischen Privilegien der Weißen weitgehend konserviert und die Türen für eine aufstrebende schwarze Elite geöffnet. Mit 2,5 Prozent (2012; Statistics South Africa) wächst die Wirtschaft Südafrikas nur halb so schnell wie im Rest des afrikanischen Kontinents (5,4 Prozent im Jahr 2012; IMF World Economic Indicators). Laut Regierungsdokumenten wird ein Wirtschaftswachstum von 7 Prozent angestrebt, um die grassierende Armut wirksam bekämpfen zu können. Die offizielle Arbeitslosenrate beträgt 25 Prozent, inoffizielle Schätzungen liegen dagegen bei 40 Prozent; jeder zweite jugendliche Arbeitsuchende findet keinen Job. Das größte Problem der abgehängten „verlorenen Generation“ ist das Bildungssystem, das im Mittel schlechter und nicht besser geworden ist. Weniger als die Hälfte der südafrikanischen Schüler schafft überhaupt nur einen Realschulabschluss und die von Präsident Zuma eingesetzte Nationale Planungskommission kommt zu dem Schluss, dass „Versuche, die Qualität der Bildung für arme Kinder zu erhöhen, weitgehend gescheitert sind“ (National Planning Commission 2011). Trotzdem verhindert die militante Lehrergewerkschaft SADTU jede Reform, die zulasten der Lehrer gehen könnte. Das geringe Wachstum, die Arbeitslosigkeit und die Ungleichheit – eine der höchsten der Welt – stellen zentrale Stolpersteine für die demokratische Konsolidierung Südafrikas dar.

Schon lange wird deswegen in Südafrika das Modell des „Entwicklungsstaates“ nach asiatischem Vorbild diskutiert, in dem der Staat eine leitende Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung einnimmt. Vor allem auf die sogenannten *Nationalists* im ANC, die einer Verstaatlichung von Schlüsselindustrien wie dem Bergbausektor das Wort reden, übt das chinesische Vorbild zunehmend Attraktivität aus. Jedoch meidet das aktuell gültige Regierungsdokument National Development Plan 2030 den Begriff „Entwicklungsstaat“ (National Planning Commission 2012). Das im August 2012 von Planungsminister Trevor Manuel vorgestellte Dokument spricht demgegenüber der Privatwirtschaft die entscheidende Rolle für die Schaffung von Arbeitsplätzen und für ein höheres Wirtschaftswachstum zu. In seiner Rede zur Lage der Nation am 14. Februar 2013 erklärte Zuma erneut, dass dieser Plan die Regierungslinie bestimme.

Von den im Entwicklungsplan auf 484 Seiten detailliert vorgestellten Maßnahmen sind bislang jedoch nur wenige umgesetzt worden. Dies wäre aber umso dringender, da die gewaltsamen Proteste und Arbeitskämpfe längst Wirkung zeigen. Ausländische und südafrikanische Unternehmen halten sich spürbar mit Investitionen zurück. Südafrikas Unternehmen selbst sind in einen „Investitionsstreik“ getreten: Sie horteten Mitte 2012 Kapital in Höhe von 520 Mrd. ZAR – ein Höchstwert seit Jahrzehnten (Pillay 2012). Internationale Rating-Agenturen hatten als Reaktion auf das Massaker von Marikana und die Unruhen ihre Bonitätseinschätzungen bereits heruntergesetzt.

Entgegen weitverbreitenden Einschätzungen haben die Ereignisse von Marikana nicht als Weckruf für die ANC-Regierung gewirkt und keine politische Wende eingeleitet. Aus Rücksicht auf seine Bündnispartner schwächte der eigentlich vom Parteitag gestärkte Zuma in seiner Rede zur Lage der Nation 2013 bereits angekündigte Maßnahmen ab, wie die Zuzahlungen für jugendliche Geringverdiener. Er wiederholte, „mit aller Härte gegen gewalttätige Proteste vorgehen zu wollen, sagte jedoch wenig dazu, wie die Ursachen der Frustration von Arbeitern und Arbeitslosen beseitigt werden können“ (Munusamy 2013).

Der ANC ist zur Problemlösung nicht in der Lage

Die vielen, scheinbar einzelnen Probleme sollten nicht den Blick auf die grundsätzlichen politischen Herausforderungen in Südafrika und die Eigendynamik innerhalb des ANC verstellen, die eindeutige Schritte zur Lösung der sozialen Frage verhindern. Die Bewegung ist gefangen im Selbstverständnis, als *Broad Church* ganz Südafrika zu repräsentieren, und im Glauben, ein historisches Mandat auszuüben.

Angesichts der steigenden Ungeduld im Land und des zentralisierten politischen Systems hängt die künftige Entwicklung auch stark von der Person des Staatspräsidenten ab. Allerdings hat Präsident Zuma offensichtlich weder eine Vision für die Zukunft des Landes noch übt er wirkliche politische Führung aus. Auch bedeutet die Wahl von

1 Der endgültige Kompromiss wurde 1994 bei den Verhandlungen in Kempton Park in der heutigen Provinz Gauteng vereinbart.

Cyril Ramaphosa zu seinem Stellvertreter keineswegs, dass der ANC konsequent einen pragmatisch wirtschaftsfreundlichen Kurs verfolgen und alles tun wird, um den *National Development Plan* in die Tat umzusetzen.

Das grundlegende Problem ist nicht die ANC-Dominanz als solche (Butler 2009), sondern das Sicheinrichten der Befreiungsbewegung in der Macht und der offenbar fehlende Sinn für Dringlichkeit. Absehbar ist deshalb eine langsame Erosion des ANC-Stimmenanteils. Möglicherweise wird dieser Prozess beschleunigt durch aufstrebende Populisten, die – ähnlich wie der aus dem ANC ausgeschlossene frühere Führer der ANC-Jugendliga Julius Malema – die Enttäuschung der Bevölkerung bündeln, oder durch eine weitere Abspaltung vom ANC; eine Option, die im Augenblick allerdings weniger wahrscheinlich ist. Der ANC ist nicht in der Lage, Südafrikas gravierende soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen. Die ehemalige Befreiungsbewegung ist selbst längst Teil des Problems geworden.

Literatur

Alexander, Peter (2010), Rebellion of the Poor: South Africa's Service Delivery Protests – A Preliminary Analysis, in: *Review of African Political Economy*, 37, 123 (March), 25-40.

Breytenbach, Willie J. (2006), The Presidencies of Nelson Mandela and Thabo Mbeki Compared, in: *Africa Insight*, 36, 3-4, 173-185.

Butler, Anthony (2008), *Cyril Ramaphosa*, Oxford: James Currey.

Butler, Anthony (2009), Considerations on the Erosion of One-Party Dominance, in: *Representation*, 45, 2, 159-171.

Clapham, Christopher (2012), *From Liberation Movement to Government: Past Legacies and the Challenge of Transition in Africa*, Discussion Paper, 8, Johannesburg: Brenthurst Foundation.

Devereux, Stephen (2011), Social Protection in South Africa: Exceptional or Exceptionalism?, in: *Canadian Journal of Development Studies/Revue canadienne d'études du développement*, 32, 4, 414-425.

Dickow, Helga (2010), ANC Forever? Innenpolitische Entwicklungen und Parteien, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1, 26-32.

Ferree, Karen E. (2006), Explaining South Africa's Racial Census, in: *Journal of Politics*, 68, 4, 803-815.

Friedman, Steven (2013), Ramphele's Party Unlikely to Be a Game-changer, in: *Business Day*, 20. Februar, online: <www.bdlive.co.za/opinion/columnists/2013/02/20/rampheles-party-unlikely-to-be-a-game-changer> (25. Februar 2013).

Gumede, William M. (2007), *Thabo Mbeki and the Battle for the Soul of the ANC*, London, New York: Zed Books.

Herskovitz, Jon (2013), Analysis: ANC Risks Losing South Africa's Born Free Voters, in: *Reuters*, 28. Januar, online: <www.reuters.com/article/2013/01/28/us-safrica-anc-idUSBRE90R0RI20130128> (10. Februar 2013).

Marais, Hein (2011), *South Africa Pushed to the Limit: The Political Economy of Change*, London, New York: Zed Books.

Melber, Henning (2003), Introduction, in: Henning Melber (Hrsg.), *Limits to Liberation in Southern Africa: The Unfinished Business of Democratic Consolidation*, Cape Town: HSRC Press, xiii-xxiii.

Munusamy, Ranjeni (2013), Jacob Zuma's Ailing State of the Nation, in: *The Guardian*, 15. Februar, online: <www.guardian.co.uk/world/2013/feb/15/south-africa-zuma-sona> (25. Februar 2013).

National Planning Commission (2011), *Diagnostic Overview*, Pretoria.

National Planning Commission (2012), *National Development Plan 2030: Our Future – Make It Work*, Pretoria.

Pillay, Verashni (2012), Nationalisation: ANC Means Business, in: *Mail and Guardian Online*, 19. Dezember, online: <http://mg.co.za/article/2012-12-19-mine-nationalisation-off-the-agenda-as-anc-appeases-businesses/> (10. Februar 2013).

Satgar, Vishwas (2012), Beyond Marikana: The Post-Apartheid South African State, in: *Africa Spectrum*, 47, 2-3, 33-62.

Seekings, Jeremy (2009), South Africa since 1994: Who Holds Power after Apartheid?, in: Abdul Raufu Mustapha und Lindsay Whitfield (Hrsg.), *Turning Points in African Democracy*, Woodbridge: James Currey, 134-152.

Sylvester, Justin (2009), *Understanding Issues of Race and Class in Election '09*, Pretoria: IDASA - An African Democracy Institute.

Der Autor

Dr. Christian von Soest ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Afrika-Studien und Mitarbeiter im GIGA Berlin Büro. Er ist Leiter des Forschungsteams 4 „Ursachen und Wirkungen von Sanktionen“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 2 „Gewalt und Sicherheit“.

E-Mail: <christian.vonsoest@giga-hamburg.de>, Webseite: http://staff.giga-hamburg.de/soest

Der Autor dankt Dorothea Müller für wertvolle Hilfe bei der Recherche.

GIGA-Forschung zum Thema

Das Forschungsteam „Partizipation und Repräsentation im Kontext von Ungleichheit“ im GIGA Forschungsschwerpunkt 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ untersucht unter anderem die Bedeutung von Ungleichheiten für die staatsbürgerliche Teilhabe am Gemeinwesen und damit auch für die Gefährdung der Demokratie. Das von der EU geförderte Forschungsprojekt „Anti-Corruption Policies Revisited“ (ANTICORRP, Koordination: Universität Göteborg, verantwortlich für den GIGA-Beitrag: Dr. Christian von Soest und Dr. Thomas Richter) untersucht die Faktoren, die für die Entstehung von Korruption und deren Verminderung verantwortlich sind.

GIGA-Publikationen zum Thema

Grimm, Sven (2010): *Südafrika als „neuer Geber“ in Afrika?*, GIGA Focus Afrika, 3, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Plagemann, Johannes, und Sören Scholvin (2011), *Südafrika als Förderer kosmopolitischer Normen?*, GIGA Focus Afrika, 6, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Pohl, Birte, und Robert Kappel (2012), *Wie leistungsfähig sind die Ökonomien Afrikas?*, GIGA Focus Afrika, 9, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Scholvin, Sören, und Peter Draper (2012), *Südafrika als „Tor nach Afrika“?*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

Soest, Christian von (2010), Versöhner, Manager, Populist: Das Wirken der Präsidenten für die Konsolidierung der südafrikanischen Demokratie, in: Kristina Weissenbach und Werner Distler (Hrsg.), *Konsolidierungsprojekt Südafrika*, Baden-Baden: Nomos, 89-106.

Stroh, Alexander, und Christian von Soest (2011), *Den Machterhalt im Blick: Verfassungsreformen in Subsahara-Afrika*, GIGA Focus Afrika, 4, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika>.

open access

Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons*-Lizenz *Attribution-No Derivative Works 3.0* <http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Ausgewählte Texte werden in der GIGA *Focus* International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA *Focus* Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortliche der Reihe: André Bank und Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus

German Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM